

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Delpag.
Geb. & Comp., Nr. 20012.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Baukonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abohnmenschenpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch
die Zeitungen innerhalb 8.25 M., unter Kreuzland für Deutschland
und Österreich-Ungarn 12.00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Weitnerplatz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weitnerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die gehaltene Normalseite 1.50 M., Familienanzeigen
1.00 M., die halbgefüllte Normalseite 4.50 M., einschließlich Interessentensteuer. Bei
mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Interesse sind im voraus zu bezahlen. Ohne Ver-
pflichtung zur Aufnahme an vorgefahrene Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 31

Dresden, Sonnabend den 7. Februar 1920

31. Jahrg.

Repressalien oder Entgegenkommen?

Es ist noch in keiner Weise klar zu sehen, wie sich der weitere Verlauf der schweren durch die Friedenserklärung vorgenommenen Arie gestalten wird. Über die Haltung und die Ansichten der Entente geben die widergesetzten Wiedergaben durch die Presse. Von der einen Seite wird gemeldet, daß der Inhalt der Note zwar auf dem Prinzip der Bestrafung der Schuldigen beruhe, aber in einer Weise abgefasst sei, die die Möglichkeit von Verhandlungen offen lasse, und nach dem Hamburger Fremdenblatt soll in gewissen Streichen der Friedensmission der deutsche Vorschlag als annehmbar angesehen werden, daß die Schuldigen durch das Reichsgericht in Leipzig abgeurteilt werden, wenn Vertreter der Verbündeten an dem Verfahren teilnehmen und die Funktionen des öffentlichen Strafgerichts ausüben. Auf der anderen Seite ist die Rede davon, daß die Entente zu Zwangsmethoden schreiten, die Blockade wieder verbügeln, weitere Teile des Rheinlandes belegen und die Frist für die Besetzung des Rheinlandes hinauszchieben wolle.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es in Frankreich Kreise gibt, die den Konflikt dazu benutzen wollen, um das Rheinland völlig unter französischer Herrschaft zu bringen. Nach einer Meldung aus Paris soll die englische Regierung bisher noch nicht die Zustimmung zu dem von der Botschafterkonferenz festgelegten Text des Beleidigungsbrevets gegeben haben. Es wird in Berlin befürchtet, daß Änderungen der Note zu Deutschlands Ungunsten erfolgt seien und daß Gewaltanwendung in Aussicht gestellt werde. Italien scheint, wie aus einer von italienischer Seite abgegebenen Erklärung hervorgeht, an der Auslieferung kein besonderes Interesse zu haben; es habe, so wird behauptet, aber keinen andern Standpunkt einzunehmen wollen, wie die übrigen Mitglieder der Entente, die an den Friedensvertrag gebunden sind. Man sei jedoch der Meinung, daß in der schroffen, gegenläufigen Stellung zwischen Frankreich und Deutschland ein Ausweg gefunden werden soll. Italien werde nicht untersagen, in Paris auf die schwerwiegenden Folgen des Scharruns auf der Auslieferung aufmerksam zu machen.

Man muß wohl damit rechnen, daß zunächst die Entente-Staaten die härtesten Drohungen anwenden werden, um Deutschland zum Nachgeben zu bewegen. Ob sie es aber auch verhindern werden, ihre Drohungen zu verwirklichen, wird sich zeigen. Sollten sie solche Maßregeln in Anwendung bringen, wie die Besetzung weiterer Teile des Rheinlandes oder die Wiederverhängung der Blockade, so würde das bedeuten, daß Deutschland der Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg verboten wird und dann müssen unter Gegner die Hoffnung aufgeben, daß sie jemals von Deutschland auch nur einen Teil von ihnen erwarteten Kriegsschädigung bekommen. Die wirtschaftliche Wiederherholung der Welt wäre auf Jahre hinaus in Frage gestellt, wenn man Deutschland die Möglichkeit nimmt, wieder einzupozzummen. Das wirtschaftliche Schicksal der Entente-Länder ist eng mit dem Deutschlands verknüpft. Hat sich doch bisher schon gezeigt, daß das Sinnen der Welt das Sinnen des französischen, italienischen und belgischen Bevölkerung nach sich zog. Wenn nicht Rücksichten der Vernunft und der Menschlichkeit die Entente bewegen, von ihrem unerfüllbaren Verlangen abzugehen, so werden doch vielleicht die wirtschaftlichen Gefahren, die die angedrohten Repressalien gegen Deutschland auch für die Ententemächte mit sich bringen würden, unter Begrenzung davon abhalten, die zum Äußersten zu gehen. Von deutscher Seite muss natürlich alles getan werden, um Verhandlungen herzulehren, durch die ein Ausgleich zwischen dem deutschen und dem Entente-standpunkt geschaffen werden kann.

Provokationen

In einer Versammlung von Pressevertretern hat am Donnerstag in Berlin ein Vertreter der Regierung Flotz eine offizielle Note darüber nicht so sehr darauf an, die Demütigung Deutschlands durch die Auslieferung zu verhindern, als die Sache für sich partipolitisch auszuschlagen. Jemanden ausrangierter Offizier macht von sich reden, indem er in der Presse auffordert, zum Protest die Eisernen Kreuze anzulegen. Wir lassen dem Mann sein Vergnügen, aber unerhört ist es, wenn die Deutsche Zeitung die Auflösung an auffälliger Stelle mit der großen Überschrift wiedergibt: "Wir waren die Sieger!" In Frankreich leistet man so etwas natürlich als: "Wir fühlen uns als Sieger und aus Siegesübermut heraus verweigern wir die Erfüllung des Friedensvertrages." — Glaubt Herr Wulle, der Schriftleiter der Deutschen Zeitung, ernsthaft, daß solche Überschriften die Entente nach lieblicher Stimmen werden?

Aber Herr Wulle geht das Parteidienst über alles. Die männlichen Worte, die Genosse Noske zu einem Vertreter der Daily Mail gerichtet hat, verfehlt er mit der höhnischen Ernstheit.

Die Note noch nicht eingetroffen

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 7. Februar. Bis zur späten Abendstunde lagen gestern die Auslieferungsklausen der Entente und die Begleitnoten bei der deutschen Regierung noch nicht vor und die biegsamen amtlichen Stellen sind noch im Unklaren darüber, wann die Note wie die Note ausgelegt werden. Man vermutet, daß die Lieferung im Laufe des heutigen Tages erfolgt. Sollte das der Fall sein, würden die Schriftstücke, da sie erst übersezt werden müssen, kaum vor Montag der Öffentlichkeit bekannt werden. Das Reichskabinett beschäftigte sich auch in seiner gestrigen Sitzung mit der Note.

Für den Achtstundentag

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 7. Februar. Der Deutsche Beamtenbund erläutert an die deutsche Beamenschaft einen Aufruf, in dem es heißt: Die deutsche Beamenschaft sei bereit, vor dem ganzen Volke ein einmütiges Bekenntnis zu dem Achtstundentag abzulegen. Wo es notwendig ist, die Arbeitszeit entsprechend zu erweitern, sollte es geschehen. Wenn das Vaterland ruft und die wirtschaftliche Not von jedem einzelnen die Hingabe seiner letzten Kräfte fordert, wollen auch wir nicht zurückstehen.

Die Liste österreichischer und ungarischer Untertanen

Wien, 6. Februar. Ein Militärbattal meldet, daß die bereits fertiggestellte Liste der vom früheren Österreich-Ungarn ausgesetzten Generale und Staatsmänner demnächst nochmals in Paris unter Beziehung von Vertretern Russlands, Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei überprüft werden soll. Die Liste sei nicht groß und enthalte u. a. die Namen Kaiser, Kgr. Koeckh, Korowitsch, Erzherzog Josef und Graf Berchtold. Unter den Beschuldigten befinden sich auch heutige Untertanen der jetzt als Alliierte betrachteten russischen Nationalstaaten.

Überschrift: "Noske empfängt einen Vertreter der Daily Mail" Darüber steht eine Note mit der Überschrift: "Erzberger's Schuld an der Auslieferung - Schmach". Die Vorlesuppe brodet. Daselbe Blatt, das den Mund nicht voll genug nehmen kann von Phrasen über völkisches Empfinden und deutsche Solidarität, bekommt im Ernstfall nichts andres fertig, als eine Frage, an der wirklich alle Deutschen interessiert sind, in kleinlicher und gehässiger Parteidienst aufzulösen.

Die republikanische Regierung fragt nicht nach der politischen Stellung der meisten Herren, die auf der Liste stehen, sie verteidigt einfach den internationalen Rechtsstandpunkt. Wenn man aber jetzt die Deutsche Zeitung liest, so bekommt man doch einen gelinden Zweifel, ob dieses Blatt sich auch noch so stark über Schmach und Schande der Auslieferung erregen würde, wenn es statt Tirpitz und Ludendorff Erzberger und Scheidemann auf der Liste ständen. Bei den alldutschen Heißblättern, die nach dem Attentat auf Erzberger nur dafür bedauern hatten, daß

die Augen des Attentäters nicht tödlich wirkten, wird man sogar ohne weiteres heraussehen können, daß sie trotz allem völkischen und nationalen Geiste der Entente ihre politischen Gegner jeden Tag mit höhnischen Bächen präsentieren würden.

Also wie gelöst: Die Herren Alldutschen mögen nichts Übermenschliches von uns verlangen. In dem auszufüllenden politischen Gegner trotz allem werkt die Volksgenossen zu sehen, ist möglich und erfüllbar. Wenn man dann aber erkennt, daß die eigenen Freunde der Auszuliefernden die ganze Sache mit ganz andern Augen betrachten, daß sie die schwere Arie als profitables partipolitisches Geschäft ansieben, dann muß solche Erkenntnis sehr abführend auf jegliches Solidaritätsgefühl wirken. Schließlich ist zu bemerken, daß von einer "Solidarität" mit jenen Personen, die wirklich gemeinsame Verbrechen begangen haben, natürlich keine Rede sein kann.

Protestkundgebungen

Berlin, 7. Februar. Der deutsche Offiziersbund und der Nationalverband deutscher Offiziere erklären einmütig folgendes: Wie deutschen Offiziere leben mit unserem Leben die erwähnten Opfer unserer Feinde und sind entschlossen, jede Folge aus diesem unerträglichen Willen zu ziehen. Wir fordern den gleichen Entschluß von dem gesamten deutschen Volk. Männer, Frauen und Kinder müssen jetzt begreifen, daß es um mehr geht als um das Leben des Einzelnen: Es geht um den Bestand der deutschen Nation; da darf kein Verdorfer unter uns fehlen.

Königsberg, 7. Februar. Der Oberpräsident Winnig rückte in der Auslieferungsfrage folgendes Telegramm an den Ministerpräsidenten: Ich bitte, auf die Reichsregierung einzutreten, daß sie die Erfüllung des Auslieferungsbegehrungsabschlusses einräumen, jede Folge aus diesem unerträglichen Willen zu ziehen. Wir fordern den gleichen Entschluß von dem gesamten deutschen Volk. Männer, Frauen und Kinder müssen jetzt begreifen, daß es um mehr geht als um das Leben des Einzelnen: Es geht um den Bestand der deutschen Nation; da darf kein Verdorfer unter uns fehlen.

Kiel, 7. Februar. Auf ein Telegramm des Chefs der Marinestation der Offiziere antwortete Reichskriegsminister Noske: Der Marineversuch ist, daß weder die Auslieferung des Viceadmirals v. Trotha noch eines andern Deutschen in Freiheit kommen darf. Ich diente nicht daran, mich von meinem geächteten Mitarbeiter, dem Chef der Admiralität, zu trennen, weil mein Name auf der Auslieferungsklausen steht.

Keine freiwillige Stellung

Wie der Lokalangeiger erfuhr, stehen Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff in der Auslieferungsfrage auf dem Standpunkt, der durch den Entschluß der am 7. Januar in der Versammlung des Oberbefehlshabers gefaßt wurde und der dahingehend ist, daß sich kein Deutscher freiwillig ausliefern dürfe.

Die Befreiungen der Parteien in Berlin
Berlin, 7. Februar. Der interfraktionelle Ausschuß ist vom Reichstag auf heute nachmittags 4 Uhr einberufen worden. Um 8 Uhr werden dann die Fraktionsführer zu Befreiungen zusammenkommen. Angewiesen finden Vorberichtigungen innerhalb der einzelnen Parteien statt.

Shylock Millerand

ein minutenlanger Skandal

währenddessen der Präsident Ordnungsrufe erhebt und vergeblich die Ruhe wiederherzustellen versucht. Millerand fügt fort: Ich wiederhole: Van verleumdet Frankreich, wenn man ihm in Syrien die Absicht zuschreibt, eine Unterdrückungs- und Eroberungspolitik zu treiben. Bezuglich Sondertruhlands und Estlands bleibt England dem Abkommen, das es im November 1919 unterzeichnet hat, treu. Der Ministerpräsident sprach alsdann über Polen und sagte, die Alliierten hätten sich dahin entschieden, daß Polen, wenn es für nötig erachteten, Millerand schuldig ist. Wie fordern alles, was Deutschland schuldig ist. Bezuglich der Auslieferung würde die Botschafterkonferenz die zu fassenden Schlüsse festlegen.

Die Elbe-Ober-Konferenz

Die Botschafterkonferenz hat befohlen, die Elbe- und Oder-Kommission, deren Einigung der Friedensvertrag von Versailles vorsieht, durch die französischen die Regierung einberufen zu lassen. Sie hat alsdann die Bedingungen der Militärkommission festgelegt, die in Budapest auf Wunsch der verbündeten Oberkommissare angeordnet worden ist.

Deutschland haftet für alle

Wie die englischen Blätter melden, belastet eine Kabinettsorder das deutsche Eigentum in Ägypten nicht nur mit den gemäß dem Friedensvertrag auf Deutschland entfallenden Verpflichtungen, sondern bestimmt auch, daß darauf Ansprüche britischer Staatsangehöriger an Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei bezahlt werden, sofern diese Ansprüche nicht anderweitig bestreitig worden sind.